

#GIDSstatement 1/2020

Matthias Rogg

COVID-19 – die Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik

#GIDSstatement | Nr. 1 / 2020 | April 2020 | ISSN 2699-4372

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitiervorschlag:

Matthias Rogg, COVID-19 – die Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik, #GIDSstatement 1/2020, Hamburg.

GIDS
German Institute for Defence and Strategic Studies
Führungsakademie der Bundeswehr
Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 8667 6801
buero@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

COVID-19 – die Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik

Die Welt befindet sich in einem existentiellen Kampf. Der Gegner ist nicht zu greifen, er macht vor keinem Staat, keiner Grenze und keiner gesellschaftlichen Gruppe halt. Für viele fühlt sich dieser Kampf wie Krieg an. Die zunehmend belizistische Sprache im Kampf gegen COVID-19 (auch Corona-Virus),¹ die rasant steigenden Opferzahlen² und nicht zuletzt die immer klarer sichtbaren ökonomischen Folgen erinnern tatsächlich an kriegsähnliche Verhältnisse. Dazu gehören auch die sozialpsychologischen Auswirkungen der Krise, die immer deutlicher werden: eine zunehmende Verunsicherung breiter Bevölkerungsgruppen, aber auch eine Stärkung der Gruppenkohäsion. Die Menschen haben Angst und sie schließen sich zusammen, aber sie neigen auch zum Egoismus – spätestens dann, wenn sie existentiell bedroht sind, wie die Anfangsreaktion der EU-Mitgliedstaaten auf die Bitten Italiens und Spaniens gezeigt hat.

Momentan stehen zwei Bereiche im Zentrum der Aufmerksamkeit: der medizinische und der soziale (zu dem rechtliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte gehören).³ Angesichts der massiven Verunsicherungen und existentiellen Bedrohung sowie der damit verbundenen Spannungen ist es wohl nur eine Frage der Zeit, wann die Corona-Krise auch in den Fokus der Sicherheitspolitik gerät. Ein Thema für die deutschen Streitkräfte ist sie schon jetzt. Zur Bewältigung der Corona-Krise mobilisiert die Bundeswehr in kürzester Zeit 15.000 Soldatinnen und Soldaten (Gebauer/von Hammerstein 2020), richtet Regionalkommandos zur besseren Koordinierung ein, unterstützt ressortübergreifendes Handeln bei Beschaffungsvorgängen und organisiert sich selbst mit kreativen Ideen, unter anderem nach dem Konzept der „Helfenden Hände“ (Loose/Henning 2020). Die subsidiäre Hilfeleistung der Bundeswehr im Notfall ist nicht neu, sie reicht von der Hilfestellung bei Beschaffung und Logistik über den Raum- und Objektschutz bis hin zur Unterstützung von Ordnungs- und Verkehrsdiensten. Neu ist für die Bundeswehr auch nicht der Einsatz in einer Epidemie, wie zuletzt beim Kampf gegen Ebola 2014/15 gezeigt (Funke 2015). Neu sind die Dimension und die Geschwindigkeit, die Staat und Gesellschaft weltweit mit voller Wucht treffen.

¹ Vgl. die jüngsten Aussagen von Donald Trump, der sich als „Kriegspräsident“ bezeichnete, https://rp-online.de/panorama/coronavirus/usa-donald-trump-kaempft-jetzt-als-kriegspraesident-gegen-coronavirus_aid-49801477, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.

² Die Todesrate Ende März/Anfang April allein in Italien (ca. 1000 Tote täglich) ist etwa doppelt so hoch, wie die durchschnittlichen Opferzahlen Italiens während des Ersten Weltkriegs (ca. 460 Tote täglich).

³ Vgl. dazu auch die lesenswerte Ad-hoc-Empfehlung des Deutschen Ethikrates „Solidarität und Verantwortung in der Corona Krise“ (Deutscher Ethikrat 2020).

Die Gefahren einer Pandemie waren bekannt

Dabei war die existentielle Bedrohung durch eine Pandemie schon immer ein Thema der öffentlichen Sicherheit und der Sicherheitspolitik in Deutschland, beispielhaft sei auf den Ausbruch des hochpathogenen Marburg-Virus 1967 verwiesen.⁴ In der Unterrichtung durch die Bundesregierung widmet sich im Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 ein umfangreiches Kapitel einer „Pandemie durch das Virus Modi-SARS“, das sich in weiten Teilen wie ein Menetekel der aktuellen Ereignisse liest (Bundesregierung 2013: 5–6, 55–88). Im gültigen Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr von 2016 umreißt ein kurzer Artikel über „Pandemien und Seuchen“ den Spannungsbogen von den Gefahren regionaler Destabilisierungen, den systemischen Risiken (auch in unserem Land), bis zu Deutschlands Interesse und Verantwortung für Prävention und Krisenmanagement im Verbund mit internationalen Partnern und Organisationen (Bundesministerium der Verteidigung 2016: 55–56).

Im Auftrag des Planungsamtes der Bundeswehr wurden 2015 an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr in Hamburg mit den Methoden der mathematischen Wissenschaften unterschiedliche Operations Research-Modelle verglichen, mit denen der Verlauf einer Epidemie in einem Einsatzgebiet vorausgesagt werden kann (Mathea 2015). Mit Blick auf Afrika erschien demnach eine Doppelstrategie am erfolgreichsten, die aus deutlich verbesserter Infrastruktur und Früherkennung besteht. Zur frühzeitigen Erkennung von ausbrechenden Infektionskrankheiten nutzt die Bundeswehr mit NATO-Partnerstaaten bereits Krankheitsüberwachungssysteme wie z. B. ASTER.⁵ Zur Verbesserung der Infrastruktur könnte man die schon 2013 ins Leben gerufene Kampagne „One Million Community Health Workers“ weiterentwickeln, die das Ziel verfolgt, in Afrika eine Million Menschen als Arbeiter im Gesundheitswesen zu beschäftigen.⁶ Beide Zugänge, so die Studie, würden das Gesundheitswesen in Afrika „revolutionieren“ und das Ausbrechen einer Epidemie deutlich erschweren.

Die drohende Gefahr einer Pandemie war bekannt. Experten haben immer wieder auf die Relevanz für die nationale und internationale Sicherheit sowie die Bedeutung der Früherkennung und hinreichender Infrastruktur hingewiesen. Die Relevanz einer Pandemie wurde in der internationalen Wahrnehmung entweder als „Black Swan“ (Delko 2020) oder als „Wildcard“⁷ in Simulationen

⁴ Siehe hierzu den gut recherchierten Wikipedia-Artikel zum Marburg-Virus: <https://de.wikipedia.org/wiki/Marburg-Virus?wprov=sftil>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.

⁵ ASTER steht für das bewährte französische Überwachungssystem in Echtzeit „Alert et Surveillance en Temps Reel“, das von der NATO übernommen wurde, vgl. Holtherm 2012.

⁶ Informationen über die One Million Community Health Workers Campaign: <http://1millionhealthworkers.org/about-us/>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.

⁷ „Wildcard“ bezeichnet in der Zukunftsforschung ein Ereignis, das wahrscheinlich nicht eintritt, dessen Folgen allerdings gravierend wären, vgl. <https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=2ahUKewivxvjsMroAhW5UBUIHULXA80QFjABegQIAxAB&url=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2Fwiki%2FWildcard&usq=A0vVaw1WHM0nJiE7cKTeRmjCpsL>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.

gesehen. Wenngleich Deutschland beim G7/20-Gipfel 2015 das Thema ‚Pandemie‘ auf die internationale Bühne gebracht hat (Bundesregierung 2015: 22 ff.), stehen weiterhin nicht nur einzelne Staaten oder Bündnisse, sondern die gesamte Welt vor einem nur schwer zu lösenden Problem.⁸

Dass dennoch ausnahmslos alle Staaten der Welt von COVID-19 überrascht wurden, ist vielleicht doch nicht überraschend. So kam der Global Health Security Index 2019 zu dem Ergebnis, keine Nation sei auf eine Epidemie/Pandemie angemessen vorbereitet.⁹ Bemerkenswert ist der Hinweis, dass die USA und Großbritannien im Global Health Security Index (noch) als „well prepared“ einstuft werden: zwei Staaten, deren Krisenvorsorge und -management momentan scharf in der Kritik stehen. Trotz weltweiter Fähigkeiten zur epidemiologischen Früherkennung (National Public Health Institute, Medical Intelligence, Global Outbreak Alert and Response Network¹⁰) haben in den internationalen Systemen die Alarmglocken offenbar nicht laut genug geläutet – oder man hat sie einfach nur überhört. Zur Aufarbeitung der Krise, das lässt sich schon jetzt sagen, gehört deshalb eine schonungslose Untersuchung der Frage, warum die Welt offensichtlich so blind in die Katastrophe gerutscht ist.¹¹ Vielleicht wurde das Desaster auch billigend in Kauf genommen – denn Fachleute, nicht zuletzt im GIDS, warnen schon seit Langem!¹²

Aus sicherheitspolitischer Perspektive ergeben sich zwei Betrachtungsebenen: eine primär nationale und eine internationale, bei der man wiederum nach den Rückwirkungen auf die deutsche Sicherheitspolitik fragen kann.

Deutschlands strategische Stärke in der Krise

Ohne die Herausforderungen gesamtstaatlichen Handelns kleinreden zu wollen, trifft die Corona-Krise Deutschland unter vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen. Deutschland sieht sich im Augenblick mit nur einer Krise konfrontiert: Wir haben keine Extremwetterlagen, kein Hochwasser, keine Regierungskrise – im Gegenteil: Wir haben eine stabile, erfahrene und vor allem handlungsfähige Regierung, die gerade jetzt hohes Vertrauen genießt. Zudem kann sich Deutschland auf eine funktionierende Verwaltung, ein exzellentes Gesundheitssystem und nicht zuletzt hervorragende Sozialsysteme stützen. Allein das weltweit einzigartige Instrument der Kurzarbeit hilft der Wirtschaft enorm. Anders als in vielen Staaten, auch der westlichen Welt, sind die Kassen

⁸ Warum Südkorea, Taiwan und Singapur beispielsweise frühzeitig und entschieden auf die Ausbreitung des Virus reagierten und damit, nach jetzigem Stand, erfolgreicher durch die Krise kommen, muss eingehender untersucht werden.

⁹ Global Health Security Index: <https://www.ghsindex.org>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.

¹⁰ <https://netzpolitik.org/2020/corona-tracking-datenschutz-kein-notwendiger-widerspruch/>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020; Global Outbreak Alert and Response Network: <https://extranet.who.int/goarn/>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.

¹¹ Die Begriffe „blind“ und „rutschen“ sind bewusst gewählt in Analogie zu Christopher Clarks instruktiver Analyse, wie die Welt 1914 in den Abgrund torkelte: Clark 2013.

¹² Vgl. das Panel von Flottillenarzt Dr. Christian Haggemiller (GIDS) auf dem World Health Summit 14.–16.10.2018 in Berlin; siehe dazu Gannon 2018; vgl. auch Jezard 2018.

der öffentlichen Hand voll. Unser Land genießt mit gutem Grund höchste Bonität an den internationalen Finanzmärkten und verfügt deshalb über finanzielle Möglichkeiten, die jetzt schnelles und wirksames Handeln ermöglichen. Hier ist Deutschland strategisch hervorragend aufgestellt.

COVID-19 offenbart Deutschlands strategische Defizite

Ungeachtet dieser günstigen Rahmenbedingungen deckt die Krise aber immer deutlicher das Fehlen substantieller, eigentlich gesetzlich vorgeschriebener Ressourcen auf der Ebene der Kommunen und der Länder sowie den Mangel an strategischen Reserven bei Personal, Material und Infrastruktur beim Bund auf (Bayer 2020). Seit Generationen haben sich die Menschen nicht mehr so verwundbar gefühlt. Die Engpässe bei vitalen Gütern im Gesundheitswesen (Medikamente, Schutzausrüstung etc.) zeigen uns auf einmal, wie abhängig wir von globalen Lieferketten sind und dies schon bei Produkten, die für eine weltweit bewunderte Industrienation kein Thema sein sollten. Die Frage, was und nicht zuletzt wer in einer Krise systemrelevant ist, wird vielen Menschen zum ersten Mal bewusst. Plötzlich ist im Gesundheitswesen wieder staatliche Regulierung und Resilienzbildung gefragt, obwohl man noch im vergangenen Jahr die Schließung der Hälfte aller deutschen Kliniken aus Effizienzgründen diskutierte (Böcken 2019). Um strategische Autonomie zurückzugewinnen, muss in Zukunft mehr auf die Diversität der Zulieferer, auf Vorratshaltung und die Vermeidung von Redundanzen geachtet werden. Die Bewirtschaftung bestimmter Ressourcen, deren Bedeutung oft erst im Verlauf einer Krise deutlich wird, muss frühzeitig erkannt und zentral gesteuert werden. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Bartels, hat das Dilemma auf den Punkt gebracht: „Haben ist besser als brauchen!“ (Varwick 2020: 5).

Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht verfügt die Bundeswehr über eine nur noch sehr geringe strategische Personaltiefe. Gerade in diesen Tagen zeigt sich wieder einmal das Engagement unserer Reservistinnen und Reservisten, aber am Ende sind der Unterstützungsleistung durch die Bundeswehr aufgrund ihrer Ausrichtung auf Auslandseinsätze sowie Landes- und Bündnisverteidigung enge Grenzen gesetzt. Die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Gesundheitssysteme und zivilen Hilfsorganisationen, die Jahrzehnte von den Zivildienstleistenden profitierten, sind mehr als deutlich zu sehen – diese hochengagierten jungen Menschen in den Streitkräften und ganz besonders auch in den Sozial- und Gesundheitssystemen bräuchten wir jetzt dringend! Zudem haben die schrittweise erfolgten Reduzierungen der Streitkräfte in den letzten 30 Jahren und die nicht immer nachvollziehbaren Entscheidungen bei unterschiedlichen Stationierungskonzepten zu einer Auflösung zahlreicher Liegenschaften geführt. Diese Infrastruktur in der Fläche, die bauartbedingt hervorragend zur Einrichtung von Notunterkünften oder auch für Isolationen geeignet wäre, fehlt uns jetzt. Bereits bei der Bewältigung der Flüchtlinge 2015 haben wir diese Defizite schmerzhaft erlebt und wir sehen uns nun erneut mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Die Fixkosten zur Aufrechterhaltung einer

strategischen Reserve, sei es bei Personal oder Material, könnten am Ende weit geringer ausfallen als die unmittelbaren Kosten und vor allem die daraus resultierenden Folgekosten, die in einer Krise entstehen. Hier muss Deutschland dringend nachbessern!

Die Bundeswehr wird im Kampf gegen das Virus gebraucht – aber auch danach

Spätestens nach dem Abklingen der Krise wird es sofort Diskussionen über ein nationales Projekt zur Ankurbelung der Wirtschaft, zur Revitalisierung des Arbeitsmarktes, aber auch zum Wiederaufbau unseres sozialen und kulturellen Lebens geben. Gerade weil die Folgeschäden überhaupt noch nicht absehbar sind und einige Wirtschaftsfachleute schon Vergleiche mit nationalen Aufbauprogrammen nach einem Krieg anstellen, sollten wir uns auf dramatische Verteilungskämpfe um die dann verfügbaren Finanzen einstellen. Auch innerhalb der Europäischen Union werden die Rufe nach finanzieller Solidarität immer lauter. Jede Bürgerin und jeder Bürger, jede Organisation und jede Institution ist betroffen und wird ihre Ansprüche geltend machen. Da der Begriff ‚Sicherheit‘ für die meisten Menschen jetzt und wohl auch in absehbarer Zukunft fast ausschließlich mit gesundheitlicher, sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit in Verbindung gebracht werden dürfte, werden alle Aspekte der militärischen Sicherheit Deutschlands und Europas deutlich in den Hintergrund treten – und das wäre fatal.¹³ Nicht nur, weil die Krise unsere strategischen Defizite und die begrenzten Mittel der Bundeswehr so deutlich sichtbar macht, sondern weil sich die Streitkräfte durch die Trendwenden bei Personal, Ausrüstung und Finanzen endlich in einem lange verschlafenen Konsolidierungsprozess befinden, wäre es grob fahrlässig, wenn dieser Prozess wieder ins Stocken geraten sollte. Schon aus diesem Grund ist es von größter Bedeutung, dass die Bundeswehr ihre Leistungsbereitschaft in der Krise wirkungsvoll unter Beweis stellt. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Bedrohungen, die mit guten Gründen zu einem schrittweisen finanziellen Aufwuchs des Verteidigungshaushalts geführt haben, werden sich auch nach COVID-19 nicht von allein auflösen. Die Krise zeigt im Gegenteil, dass die sicherheitspolitische Landkarte vermutlich noch komplizierter wird und vernetzte Sicherheit noch mehr an Bedeutung gewinnen wird.

¹³ In dieser Richtung mutmaßt der Journalist Andreas Flocken: „Es hat sich gezeigt, dass vom Corona-Virus offenbar eine erheblich größere Bedrohung ausgeht als von der Großmacht-Rivalität zwischen Russland und den USA. Eine Erkenntnis, die vielleicht Konsequenzen haben sollte für die immensen Rüstungsanstrengungen in Ost und West.“ (Flocken 2020).

COVID-19 öffnet neue Fenster in der Sicherheitspolitik

Wie die ohnehin stark gebeutelte Europäische Union aus dieser Krise herausgehen wird, ist eine Frage, die (noch) nicht auf der Tagesordnung steht. Wenn Deutschland in der zweiten Jahreshälfte den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, wird COVID-19 vermutlich weiterhin das bestimmende Thema sein – und die Erwartungen, insbesondere an Deutschland, dürften immens sein. Besonders gilt dies für die in den Abgrund blickenden Mitgliedsstaaten Italien und Spanien. Dass diese (und nicht nur diese)¹⁴ nach Absagen der EU-Mitglieder bei sicherheitspolitischen Konkurrenten, wenn nicht sogar Systemgegnern wie China und Russland, um materielle Hilfe in der Krise anfragen mussten und diese postwendend erhielten, zeigt nicht nur, wie verzweifelt die Lage ist. Italien, das noch vor Kurzem einen substantiellen Beitrag beim NATO-Großmanöver „Defender Europe 2020“ demonstrieren wollte, ist nun dankbar für materielle und personelle Hilfe gegen das Virus aus Moskau (Ivits 2020). Russland setzt bei dem Coup nicht nur darauf, der Welt seine politische Stärke und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Vermutlich hofft der Kreml auch, das angespannte Verhältnis zur NATO zu entkrampfen, vielleicht sogar eine Brücke zu bauen, die ein Lockern der Sanktionen einleiten könnte.

An weiteren Beispielen zeigt sich, dass dem Corona-Virus noch eine andere (sicherheitspolitische) Kraft innewohnt, die nicht zerstörerisch ist, sondern das Gegenteil bewirkt. Überall auf der Welt ist die Sicherheitspolitik in Bewegung geraten und nicht für möglich geglaubte Dinge scheinen auf einmal machbar. Unter den Bedingungen von Naturkatastrophen zeigte sich immer wieder, dass Konfliktparteien Wege der Zusammenarbeit suchten, Waffenstillstände vereinbarten oder ihren Gesellschaften Gelegenheiten zum Luft holen boten (Kreutz 2012). Beispielhaft eröffnete der Tsunami im Dezember 2004 einen bis dahin nicht für möglichen gehaltenen Dialog zwischen den Aceh-Rebellen und der indonesischen Regierung (Garrigues 2020). In der Corona-Krise beginnen Venezuela und Kolumbien, der engste Verbündete der USA in der Region, über die Pan American Health Organization Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Kampf gegen die Pandemie auszuloten. In Libyen haben die internationalen Akteure Verhandlungen über einen „Corona-Waffenstillstand“ aufgenommen (Garrigues 2020). Kurz nachdem die Vereinigten Arabischen Emirate begonnen haben, ihren „Erzfeind“ Iran im Kampf gegen COVID-19 mit medizinischer Hilfe zu unterstützen, folgten Qatar und Kuwait. Auf den Philippinen hat Präsident Rodrigo Duterte einen einmonatigen Waffenstillstand im Kampf gegen die kommunistischen Rebellen angeordnet, damit sich die Streitkräfte (sic!) stärker auf die Bekämpfung des Virus konzentrieren können (International Crisis Group 2020: 13). Und selbst die USA haben, trotz des jahrelangen Konflikts mit Russland, Erste Hilfe in die abtrünnige Region Abchasien entsandt. Ohne Euphorie und mit der gebotenen Nüchternheit kann man festhalten: momentan

¹⁴ China nutzt beispielsweise die aktuelle Krise, um seine ohnehin starke Position in Afrika weiter auszubauen und verspricht gewaltige medizinische Hilfe für jeden (!) Staat des Kontinents, vgl. International Crisis Group 2020: 11.

ist Bewegung in einigen Konflikten, die wie zementiert schienen. Der sich hier öffnende Spielraum sollte von der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aufmerksam beobachtet und genutzt werden.

COVID-19 als Brandbeschleuniger in Krisen und Konflikten

Trotz dieser mutmachenden Signale auch für positive Veränderungen, bleibt der Blick hierzulande auf die westliche Welt konzentriert. Die unabsehbaren Folgen einer Ausweitung der Pandemie in sicherheitspolitisch volatilen Regionen (Barakat 2020) könnten indes dramatischer kaum sein und die Krise hierzulande in bislang nicht vorstellbarer Weise noch verstärken. Trotz der bereits angesprochenen knappen Ressourcen, erfordert verantwortungsvolles strategisches und politisches Denken und Handeln auch diesen Aspekt in den Blick zu nehmen (N. Müller 2020). Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat einmal mehr Deutschlands Verantwortung und Interesse für Afrika angemahnt, gerade jetzt in der COVID-19-Pandemie. Die aktuelle Krise lehrt: „Wir müssen unsere Lieferketten grundlegend überprüfen, um unsere Versorgung nicht nur krisenfest, sondern auch erregerefrei zu machen.“ (G. Müller 2020). Ungleich brisanter ist die Lage in zahlreichen Staaten. Kein geringerer als der Präsident des Komitees des Internationalen Roten Kreuzes, Peter Maurer, warnte, die fehlende medizinische Grundversorgung in den vielen Konfliktzonen der Welt sei ein erschreckend offenes Einfallstor für COVID-19 (Maurer 2020).

Dass die bislang geringen Meldezahlen aus Afrika und dem Nahen Osten auf völlig unzulängliche Testungen zurückzuführen sind, weil die meisten Staaten nur über rudimentäre medizinische Infrastruktur verfügen, ist offensichtlich. Man sollte die afrikanischen Staaten nicht unterschätzen – nicht zuletzt, weil sie weitaus mehr Erfahrungen mit Pandemien haben. Gleichwohl sind hier die urbanen Zentren besonders bedroht, denn ein Ausbruch des Virus würde dort mit hoher Wahrscheinlichkeit unaufhaltsam eine Katastrophe in Gang setzen. Nüchtern betrachtet stellt sich nicht die Frage ob, sondern wann es passiert und wo es beginnt. Der Verlauf der Ebola-Epidemie hat deutlich vor Augen geführt, dass fragile Staaten mit geringem Vertrauen der Bevölkerung in das Regierungshandeln Gegenmaßnahmen jeglicher Art zusätzlich untergraben.

Fachleute der „International Crisis Group“ schätzen die Gefährdung für den Nordwesten Syriens mit der Region Idlib und den Jemen besonders hoch ein (International Crisis Group 2020: 2–3). Ein Hotspot sind die Flüchtlingslager dieser Welt: Nicht nur Moria auf Lesbos, das schon fast in Vergessenheit geraten ist, sondern auch die Lager im Gaza-Streifen oder eine Million geflüchtete Rohingya in Bangladesch. Wo die Grenzen für Menschen auf der Flucht geschlossen wurden, wie beispielsweise Brasilien und Kolumbien gegenüber Venezuela, wächst das Gewaltpotential. Die anhaltenden Reisebeschränkungen, die häufig unterschiedslos auch für humanitäre Hilfskräfte gelten, machen es umso schwerer, die Hilfe vor Ort zu organisieren und ein verlässliches Lagebild zu gewinnen. Wäre die humanitäre Katastrophe eines ausbrechenden Virus in einem über-

füllten Flüchtlingslager nicht schon groß genug, so reicht die Phantasie kaum aus, sich vorzustellen, wie die Sicherheitskräfte vor Ort reagieren und was dies für die politische Stabilität in ohnehin instabilen Regionen bedeutet.

Schließlich wirkt das Corona-Virus auf autoritär verfasste Staaten wie ein toxischer Beschleuniger. Die jüngsten Maßnahmen der ungarischen Regierung, pseudolegitimiert durch die Corona-Krise ein Notstandsrecht auf unbestimmte Zeit auszurufen, erinnert gerade in Deutschland an das „Ermächtigungsgesetz“ und damit an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte (Löwenstein 2020). Weitere Beispiele aus China, Algerien und Russland zeigen, dass unter Verweis auf COVID-19 die Rechte der dortigen Oppositionen noch stärker eingeschränkt werden (International Crisis Group 2020: 7). Es ist auch möglich, wie die „International Crisis Group“ überzeugend anmerkt, dass COVID-19 Regierungen ermuntern könnte, im Schatten der Krise und in Erwartung einer Handlungsunfähigkeit der Internationalen Gemeinschaft außenpolitische Abenteuer zu wagen (International Crisis Group 2020: 10).

Ganz gleich, wie sich die von Krisen geschüttelten, wirtschaftlich schwachen Staaten im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika politisch orientieren: sie sind besonders von der Pandemie bedroht, haben wenig Chancen auf ein wirksames Krisenmanagement und dürften sich nach einer Pandemie ungleich schwerer politisch, wirtschaftlich und sozial konsolidieren. Es braucht wenig Phantasie, um sich vorzustellen, dass COVID-19 hier wie ein polyvalenter Brandbeschleuniger wirken kann.

Sieben Thesen und Handlungsempfehlungen zu COVID-19 aus sicherheitspolitischer Perspektive

Die Welt befindet sich in einem existentiellen Kampf, der sich für viele wie ein Krieg anfühlt – auch wenn bislang die Waffen schweigen. Noch beschäftigen uns vor allem die medizinischen Herausforderungen, die Fragen, wann ein Leben, das wir als normal erinnern, wieder möglich ist und wie die wirtschaftlichen Folgen gemeistert werden können. All das ist wichtig und die Sicht auf den engeren privaten, allenfalls nationalen Kreis ist verständlich, darf aber den Blick auf die internationalen Entwicklungen nicht verstellen. Doch die Pandemie hat darüber hinaus auch eine sicherheitspolitische Dimension, deren Bedeutung noch wachsen wird.

1. Die COVID-19-Pandemie eröffnet vermutlich Chancen für die Außen- und Sicherheitspolitik, weil sich Handlungsräume zwischen den Akteuren ergeben, die vorher undenkbar waren. Hier sollte Deutschland aufmerksam beobachten und prüfen, wo es hilfreich und auch in seinem Interesse ist, sein internationales Gewicht in die Waagschale zu legen.
2. Lernen mit und aus der Krise bedeutet, „Global Health and Security“ zukünftig mehr strategische Beachtung zu schenken. Das Thema gehört vom Rand ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit gerückt: in den Fokus der Außen- und Sicherheitspolitik und damit auch der Streitkräfte.

3. Gerade weil die Politik in Deutschland die Bedeutung von wissenschaftlicher Expertise in der Krise immer wieder betont, müssen deren Ursachen und Verlaufsformen mit wissenschaftlichen Methoden untersucht werden – und zwar gründlich und schon jetzt. Die Bundeswehr ist hier mit allen Ressourcen ihrer Universitäten und wissenschaftlichen Institute gefordert. Dazu gehören, immer unter den Vorgaben eines vernetzten Ansatzes, die Durchführung von Wargamings mit Entscheidungsträgern sowie die Entwicklung und Pflege von wissenschaftlich basierten Modellen unter den Bedingungen einer Pandemie.
4. Die auftretenden Spannungsfelder im komplexen Geflecht aus Gesundheit, Wirtschaft und Sicherheit zeigen, dass dafür auch neue ethische Antworten gefunden werden müssen.
5. Kaum weniger wichtig ist eine ehrliche, empirisch-kritische Analyse über die Leistungsfähigkeit und Reichweite medizinischer Frühwarnsysteme, gesellschaftliche Resilienz aber auch über den Einsatz der Bundeswehr in der Krise.
6. Wir brauchen eine ehrliche Auseinandersetzung über Deutschlands strategische Reserven. Die Diskussion darf nicht bei rein materiellen Aspekten wie Lieferketten, Beschaffungsvorgängen und Bevorratung aufhören. Das schon mehrfach politisch beerdigte Thema eines verpflichtenden Dienstjahres gehört wieder auf die Agenda: wenn nicht jetzt, wann dann?
7. COVID-19 ist eine globale Herausforderung, die nur global und vernetzt gemeistert werden kann. Deutschland ist hier mit seiner internationalen Reputation gerade im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gefordert. Jetzt muss sich erweisen, ob die Akteure auch in unserem Land willens und fähig sind, vernetzt zu denken und zu handeln. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich das Virus in den Elendsregionen dieser Welt ausbreitet. Jetzt ist noch Zeit, die Folgen und mögliche Reaktionen zu bedenken. Wir haben dieses Virus beim Ausbruch in allen Belangen unterschätzt und sollten, nein, wir dürfen den gleichen Fehler nicht noch einmal begehen!

Literaturverzeichnis

- Barakat, Mahmoud (2020), Conflict Region Vulnerable to COVID-19 Catastrophe, in: Anadolu Agency vom 28.03.2020, <https://www.aa.com.tr/en/africa/conflict-regions-vulnerable-to-covid-19-catastrophe/1782833>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Bayer, Stefan (2020), Intervention statt Prävention als politisches Paradigma? (#GIDS-statement 2/2020), GIDS: Hamburg (in Vorbereitung).
- Bundesministerium der Verteidigung (2016), Weißbuch 2016. Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, <https://www.bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barrierefrei-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.

- Bundesregierung (2013), Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 (Deutscher Bundestag, Drucksache 17/12051 vom 03.01.2013), https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Downloads/Krisenmanagement/BT-Bericht_Risikoanalyse_im_BevSch_2012.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Bundesregierung (2015), Abschlussbericht der Bundesregierung über die G7-Präsidentschaft 2015, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/731584/590fbc509f7cd10218eb081aac326b35/g7-praesident-schaft-abschlussbericht-22-02-2016-download-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Böcken, Jan (2019), Eine bessere Versorgung ist nur mit halb so vielen Kliniken möglich, in: Bertelsmann Stiftung online vom 15.07.2019, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/eine-bessere-versorgung-ist-nur-mit-halb-so-vielen-kliniken-moeglich/>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Clark, Christopher (2013), Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, Deutsche Verlags-Anstalt: München.
- Delko, Krim (2020), Der Black Swan ist tatsächlich eingetroffen, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 03.03.2020, <https://www.nzz.ch/finanzen/der-black-swan-ist-tatsaechlich-eingetroffen-ld.1544006>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Deutscher Ethikrat (2020), Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise, <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Ad-hoc-Empfehlungen/deutsch/ad-hoc-empfehlung-corona-krise.pdf>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Flocken, Andreas (2020), NDR Info, Das Forum – Streitkräfte und Strategien (Sendungsmanuskript), https://www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript778.pdf, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Funke, Sven M. (2015), „Phönix aus der Asche“ Kampf gegen Ebola – die humanitäre Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes und der Bundeswehr in Westafrika, in: Wehrmedizin und Wehrpharmazie 59 (5), S. 155–159.
- Gannon, Megan (2018), An Unknown ‘Disease X’ Could Become an Epidemic. Can We Find It Before It’s Too Late?, in: Livescience vom 18.10.2018, <https://www.livescience.com/63862-disease-x-animal-source.html>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Garrigues, Juan (2020), Conflict and Peace Scenarios in Time of COVID-19 (CIDOB Opinion 618), https://www.cidob.org/en/publications/publication_series/opinion/seguridad_y_politica_mundial/conflict_and_peace_scenarios_in_times_of_covid_19, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Gebauer, Matthias/von Hammerstein, Konstantin (2020), Bundeswehr mobilisiert 15.000 Soldaten, in: Spiegel online vom 27.03.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-bundeswehr-mobilisiert-15-000-soldaten-a-fb7668c0-a47f-4ca5-b83b-3a2ddd3b68a1>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Holtherm, Hans-Ulrich (2012), Entwicklung einer multinationalen „Deployment Health Surveillance Capability (DHSC)“ für die NATO, in: Wehrmedizin und Wehrpharmazie, <https://wehrmed.de/article/2180-entwicklung-einer-multinationalen-deployment-health-surveillance-capability-dhsc-fuer-die-nato.html>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- International Crisis Group (2020), Covid-19 and Conflict: Seven Trends to Watch (Crisis Group Special Briefing 4), New York/Brüssel, <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/B004-covid-19-seven-trends.pdf>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Ivits, Ellen (2020), From Russia With Love. Russland schickt Corona-Hilfe nach Italien – was sich Putin davon verspricht, in: Stern online vom 27.03.2020, <https://www.stern.de>

- www.stern.de/politik/ausland/coronavirus--was-sich-russland-von-der-hilfe-an-italien-verspricht--9198832.html, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Jezard, Adam (2018), The World Health Organization Is Preparing for ‘Disease X’, in: World Economic Forum vom 28.03.2018, <https://www.weforum.org/agenda/2018/03/the-who-is-preparing-for-disease-x/>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Kreutz, Joakim (2012), From Tremors to Talks: Do Natural Desasters Produce Ripe Moments for Resolving Separatist Conflicts?, in: *International Interactions* 38:4, S. 482–502.
- Löwenstein, Stefan (2020), Regieren per Dekret. Orbans Dauerermächtigung?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 23.03.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/corona-in-ungarn-viktor-orbans-fristlose-ermaechtigung-16692658.html>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Loose, Christoph/Henning, Jasmin (2020), Corona: Bundeswehr beliefert Senioren in Wilhelmshaven, in: [bundeswehr.org](https://www.bundeswehr.de/de/organisation/streitkraeftebasis/aktuelles/corona-bundeswehr-beliefert-senioren-in-wilhelmshaven-230672), <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/streitkraeftebasis/aktuelles/corona-bundeswehr-beliefert-senioren-in-wilhelmshaven-230672>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Müller, Gerd (2020), Halbzeiten kosten uns das ganze Leben. Wie wir heute verhindern müssen, dass Entwicklungsländer um Jahrzehnte zurückgeworfen und Lieferketten auf Dauer von Corona belastet werden, in: Der Tagesspiegel online vom 30.03.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/halbzeiten-kosten-uns-das-ganze-leben-nur-zusammen-mit-den-schwachen-staaten-kann-die-pandemie-bezwungen-werden/25694016.html>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Müller, Nora (2020), EU Sicherheitspolitik. Wir müssen vorbereitet sein, in: Die Zeit online vom 25.03.2020, https://www.zeit.de/politik/2020-03/eu-sicherheitspolitik-corona-krise-bedrohungslage-budget?wt_zmc=sm.ext.zonaudev.mail.ref.zeitde.share.link.x, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Maurer, Peter (2020), COVID-19 Poses a Dramatic Threat to Life in Conflict Zones, in: World Economic Forum vom 27.03.20, <https://www.weforum.org/agenda/2020/03/covid-19-poses-a-dramatic-threat-to-life-in-conflict-zones/>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Mathea, Robin Stanley (2015), Eine Übersicht über dynamische Modelle zur mathematischen Epidemiologie (Angewandte Mathematik und Optimierung Schriftenreihe Applied Mathematics and Optimization Series, AMOS #39), Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr: Hamburg, <https://studylibde.com/doc/10758898/technischer-report--helmut-schmidt>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.
- Varwick, Johannes (2020), Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview mit Prof. Dr. Johannes Varwick am 27. März 2020 in Berlin (GSP-Einblick 1/2020), <https://www.gsp-sipo.de/news/news-details/gsp-einblick-als-neues-gsp-format-mit-interviews-standpunkten-und-essays>, zuletzt aufgerufen am 01.04.2020.